

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Entwicklung der Versorgungsausgaben

Bericht über Stand und Ergebnisse des Instruments zur Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg

Gliederung

- | | |
|--|---|
| <p>A.
Bericht</p> <ol style="list-style-type: none">1. Zusammenfassung der Prognoseergebnisse2. Datengrundlage3. Änderungen in der Stufe 5/2006
Änderung des Hamburgischen Gesetzes über die
Gewährung jährlicher Sonderzahlungen (Hamburgisches
Sonderzahlungsgesetz)4. Prognoseergebnisse im Einzelnen<ol style="list-style-type: none">4.1 Gesamtentwicklung4.2 Entwicklung im Beamtenversorgungsbereich4.3 Entwicklung im Zusatzversorgungsbereich
der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer5. Zusammensetzung der Versorgungsausgaben
nach ausgewählten Einzelplänen | <ol style="list-style-type: none">6. Bewertung<ol style="list-style-type: none">6.1 Lineare Anpassungen6.2 Hamburgisches Sonderzahlungsgesetz6.3 Vergleich mit dem Haushalts-Ist7. Vorsorge für künftige Versorgungsausgaben<ol style="list-style-type: none">7.1 Versorgungsrücklage nach § 14a BBesG7.2 Zusätzlicher Versorgungsfonds7.3 Sondervermögen Zusatzversorgung |
| | <p>B.
Schlussbetrachtung</p> <p>C.
Petitum</p> |

A. Bericht

Der Senat hatte sich 1999 für die Entwicklung eines Instruments entschieden, das geeignet ist, langfristig auf der Basis der hamburgischen Daten künftige Versorgungsausgaben in ihrer Gesamtheit einschätzen zu können und notwendige Steuerungsinformationen zu erhalten, ohne hierfür jeweils Gutachten in Auftrag geben zu müssen. Prof. Dr. Dietmar Pfeifer von der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg konnte für das Projekt gewonnen werden und hatte sich bereit erklärt, im Rahmen eines Forschungsauftrags ein Instrument zu entwickeln, mit dem zum einen die Zahl der Versorgungsberechtigten und die aufzuwendenden Versorgungsausgaben prognostiziert und zum anderen alternative Szenarien simuliert werden können. In den letzten Jahren hat der Senat die Bürgerschaft regelmäßig über die Fortentwicklung des Prognoseinstrumentes unterrichtet, zuletzt mit der Drucksache 18/3741. Mit der nun vorliegenden Drucksache berichtet der Senat zum siebten Mal über den Stand der Entwicklung (Stufe 5/2006) und über aktuelle Änderungen.

Grundlage der diesjährigen Stufe 5/2006 ist die Stufe 4/2005mod des Prognoseinstrumentes, die im Februar dieses Jahres vorgelegt wurde. Stichtag für die Erhebung des Datenbestandes ist der 1. Dezember 2005. Neben der jährlichen Aktualisierung des Datenbestandes hat Prof. Dr. Pfeifer seinen Berechnungen die vom Senat beabsichtigte dauerhafte Fortschreibung der derzeit geltenden Sonderzahlungsregelungen über das Jahr 2006 hinaus zugrunde gelegt. Ein entsprechender Gesetzentwurf zur Änderung des Hamburgischen Sonderzahlungsgesetzes ist der Bürgerschaft zugeleitet worden. Durch das Hamburgische Sonderzahlungsgesetz vom 18. November 2003 ist bis Ende 2006 die Dezember-Sonderzahlung auf 66 v. H. bzw. 60 v. H. der für den Monat Dezember maßgebenden Bezüge abgesenkt worden. Die weiterhin bestehende Notwendigkeit von Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung macht es erforderlich, die mit der landesrechtlichen Regelung bis einschließlich 2006 vorgenommene sozial gestaffelte Absenkung über diesen Zeitpunkt hinaus auf Dauer festzuschreiben. Ein Auslaufenlassen der geltenden gesetzlichen Regelung würde bedeuten, dass ab dem Jahr 2007 wieder der erhöhte Bemessungssatz von rund 82 v. H. zugrunde zu legen wäre und es dadurch zu einer Haushaltsmehrbelastung käme.

Für die Tarifbeschäftigten der Länder sind in der Tarifeinigung vom 19. Mai 2006 für 2006 und 2007 Einmalzahlungen und ab 1. Januar 2008 im Tarifgebiet West eine lineare Erhöhung der Vergütungen um 2,9 Prozent vereinbart worden. Die insoweit nur versorgungsausgabenrelevante lineare Erhöhung konnte im Hinblick auf die notwendigen Vorarbeiten nicht mehr zeitgerecht in die Prognose integriert werden.

Um dennoch einen Einblick darüber zu bekommen, wie sich die Versorgungsausgaben einerseits bei linearen Anpassungen und andererseits bei so genannten „Nullrunden“ entwickeln werden und welche Ausgabenbandbreiten sich dadurch ergeben, sind – wie im Vorjahr auch – in die nun vorliegende Prognose regelmäßige, fiktive Bezügeanpassungen von 1 v. H. und 2 v. H. eingeflossen. Es werden Verläufe aufgezeigt, in denen lineare Anpassungen für den Beamten- und Tarifbereich zum einen für das Jahr 2007 vorgesehen sind und zum anderen auf das Jahr 2008 hinausgeschoben werden und es dadurch für das Jahr 2007 zu einer „Nullrunde“ kommen würde. Neben den Szenarien mit linearen Anpassungen von 1 v. H. und 2 v. H. wird – wie in den letzten Jahren auch – die Entwicklung ohne jede lineare Anpassung dargestellt. Sie bildet in der vorliegenden Prognose die Entwicklung des Jahres 2006 ab. Diese so genannte Strukturentwicklung ermöglicht die

Betrachtung von strukturellen Effekten, die aktuell durch die Festschreibung der zurzeit geltenden Regelung im Hamburgischen Sonderzahlungsgesetz und die Ausgliederung von Hamburg Port Authority (HPA) bewirkt werden. Dies ist insbesondere deswegen wichtig, weil die linearen Anpassungen immer im Licht der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung betrachtet werden müssen, deren Parameter – Bruttoinlandsprodukt oder Entwicklung der öffentlichen Haushalte – aber nur mit sehr großen Unsicherheiten über einen längeren Zeitraum vorher zu berechnen wären.

In der nachfolgenden Darstellung der Ergebnisse der Stufe 5/2006 werden die Werte im ersten Prognosejahr 2006, zur Mitte des Prognosezeitraums im Jahr 2016 und im Prognoseendjahr 2026 durch Fettdruck kenntlich gemacht. Darüber hinaus werden die Werte in den Jahren, in denen sich erstmals die linearen Anpassungsverschiebungen auswirken und in denen sich ein Höchststand im jeweiligen Bereich ergibt, ebenfalls durch Fettdruck hervorgehoben, soweit dieses von besonderer Bedeutung ist. Auf Grund der Angabe des Höchststandes im jeweiligen Bereich ergeben sich zwangsläufig unterschiedliche Jahresangaben. Die Ausgaben im Text und in den Tabellen werden in Mio. Euro wiedergegeben.

In den Tabellen werden die Zahlen der erwarteten Berechtigten und die Ausgabenbeträge nicht durch Addition, bzw. die Differenzen nicht durch Subtraktion ermittelt. Jeder Bereich (Beamtenversorgung, Zusatzversorgung, Gesamtbereich) wird für sich berechnet, so dass Rundungsdifferenzen im Vergleich zum bloßen Additions- bzw. Subtraktionswert auftreten können. In den Grafiken sind unterschiedliche Skalierungen verwendet worden, um den Verlauf der einzelnen Darstellungen deutlich zu machen.

Die Prognose umfasst den Zeitraum von 2006 bis 2026.

1. Zusammenfassung der Prognoseergebnisse

Die nachfolgende Zusammenfassung der Stufe 5/2006 der „Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im Öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg“ zeigt im Wesentlichen, dass

- die Ausgabenentwicklung weiterhin überwiegend durch die Beamtenversorgung geprägt wird,
- die Ausgabenentwicklung im Beamtenbereich nach wie vor neben der demografischen Entwicklung maßgeblich durch die Einstellungen der Jahre zwischen 1960 und 1980, insbesondere im Bildungs- und Sicherheitsbereich bestimmt wird,
- die Festschreibung der Sonderzahlung auf den derzeitigen Stand von 60 v. H. bzw. 66 v. H. eines Monatsbetrags zu deutlichen Minderausgaben führt.

Die diesjährige Prognose bestätigt die Entwicklung, die sich bereits in den letzten Jahren abgezeichnet hat: die Versorgungsausgaben werden auch weiterhin strukturell bedingt steigen, in der ersten Hälfte des Prognosezeitraums stärker als in der zweiten Hälfte. Bezogen auf das Datenerfassungsjahr 2005 ist bis zum Prognosemitteljahr 2016 mit einer prozentualen Steigerung von 21,9 v. H. zu rechnen, bis zum Jahr 2024, dem Jahr mit den voraussichtlich höchsten Ausgaben in Höhe von 1.164 Mio. Euro, wird der Prozentsatz auf 24,9 v. H. steigen und sich dann bis zum Prognoseendjahr 2026 geringfügig bis auf 24,1 v. H. verringern.

Bei den Empfängerzahlen ist, ausgehend vom Datenerfassungsjahr 2005 mit 57.688 Versorgungsempfängern, der Höhepunkt im Jahr 2015 mit 62.673 Empfängern zu erwarten, dies entspricht einer prozentualen Steigerung von

8,6 v. H. Ab 2016 verringert sich die Empfängerzahl gleichmäßig bis zum Endjahr des Prognosezeitraums 2026 auf 59.404 und liegt dann um 3,0 v. H. über dem Ausgangswert des Jahres 2005.

Die Entwicklungen im Beamtenversorgungsbereich und im Zusatzversorgungsbereich sind sowohl bei den Emp-

fängerzahlen als auch bei den Versorgungsausgaben gegenläufig. Das Verhältnis der Versorgungsausgaben in der Beamtenversorgung zu den Ausgaben in der Zusatzversorgung beträgt im Jahr 2005 87,9 v. H. zu 12,1 v. H., im Prognosemitteljahr 2016 liegt es bei 90,4 v. H. zu 9,6 v. H. und verändert sich bis zum Endjahr des Prognosezeitraums 2026 auf 92,2 v. H. zu 7,8 v. H.

Tabelle 1: Strukturentwicklung in Mio. Euro – Verhältnis Beamtenversorgung – Zusatzversorgung

Jahr	Strukturentwicklung in Mio. Euro				
	Gesamt	Beamtenversorgung	% Anteil	Zusatzversorgung	% Anteil
2005	932	819	87,9	113	12,1
2006	964	851	88,3	113	11,7
2007	984	871	88,5	113	11,5
2008	1.010	896	88,8	113	11,2
2015	1.127	1.017	90,3	110	9,7
2016	1.136	1.027	90,4	109	9,6
2017	1.142	1.034	90,6	108	9,4
2024	1.164	1.068	91,8	95	8,2
2025	1.162	1.069	92,0	93	8,0
2026	1.156	1.065	92,2	90	7,8

Das Verhältnis der Empfängerzahlen in der Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung liegt im Datenerfassungsjahr 2005 bei 48,6 v. H. zu 51,4 v. H. und im Endjahr des Prognosezeitraums 2026 bei 58,9 v. H. zu 41,1 v. H. Über den gesamten Prognosezeitraum gesehen ändert sich das Verhältnis um 10,3 v. H.; Zunahme im Beamtenbereich – Abnahme im Zusatzversorgungsbereich.

Tabelle 2: Empfängerzahlen – Verhältnis Beamtenversorgung – Zusatzversorgung

Jahr	Gesamt	Beamtenversorgung	% Anteil	Zusatzversorgung	% Anteil
2005	57.688	28.033	48,6	29.655	51,4
2006	58.361	28.699	49,2	29.662	50,8
2007	59.351	29.622	49,9	29.729	50,1
2008	60.258	30.472	50,6	29.786	49,4
2015	62.673	33.914	54,1	28.757	45,9
2016	62.614	34.156	54,6	28.458	45,4
2017	62.492	34.341	55,0	28.151	45,0
2024	60.547	35.130	58,0	25.417	42,0
2025	60.036	35.100	58,5	24.936	41,5
2026	59.404	34.976	58,9	24.428	41,1

In Anbetracht der weiterhin angespannten Haushaltslage hat der Senat am 27. Juni 2006 beschlossen, der Bürgerschaft einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die durch das Hamburgische Sonderzahlungsgesetz bis zum 31. Dezember 2006 befristete, sozial gestaffelte Regelung über dieses Datum hinaus festgeschrieben werden soll. Nach dem entsprechenden Gesetzentwurf soll die abgesenkte Dezember-Sonderzahlung auf 66 v. H. bzw. 60 v. H. der für den Monat Dezember maßgebenden Bezüge auch für die Zeit ab 1. Januar 2007 dauerhaft weiter gelten. Auch wenn die Versorgungsausgaben weiterhin strukturell bedingt ansteigen werden, wirkt sich die Festschreibung der derzeitigen Sätze von 60 v. H. bzw. 66 v. H. eines Monatsbetrages über den gesamten Prognosezeitraum Ausgaben dämpfend auf die Versorgungsausgaben aus.

Im Zusatzversorgungsbereich haben die vereinbarten tariflichen Regelungen vom 19. Mai 2006 keinen Einfluss auf die Zuwendung. Seit dem In-Kraft-Treten des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes (HmbZVG) zum 1. August 2003 tritt an die Stelle einer vormals vom jeweili-

gen Tarifabschluss beeinflussten Regelung eine festgelegte gesetzliche Bestimmung.

Ein Vergleich der Strukturentwicklungen der Stufe 4/2005mod mit der diesjährigen Stufe 5/2006 (siehe Tabelle 3) zeigt deutlich, wie die Ausgaben im Jahr 2007, dem ersten Jahr der Wirksamkeit der Festschreibung der derzeitigen Sonderzahlungssätze, um 22 Mio. Euro zurückgehen. In der ersten Hälfte des Prognosezeitraums sind die Minderausgaben wesentlich höher als in der zweiten Prognosehälfte. Zurückzuführen ist dies u. a. darauf, dass im Vergleich zur letzten Prognose die Gesamttempfängerzahlen bis zum Jahr 2013 niedriger und in der zweiten Prognosehälfte höher prognostiziert werden. Eine Ursache dafür ist die Ausgliederung der HPA zum 1. Oktober 2005 (siehe Ausführungen unter Ziffer 4.1).

2. Datengrundlage

Die diesjährige Prognose wird, wie auch in den Vorjahren, auf der Basis von personenbezogenen, anonymisierten Daten der aktiven und passiven Angehörigen des öffent-

lichen Dienstes der Freien und Hansestadt Hamburg bzw. deren Hinterbliebenen, deren Versorgungsbezüge zulasten des Kernhaushalts verbucht werden, erstellt. In den Datensätzen sind dementsprechend die Beschäftigten des UKE nicht enthalten; ebenso wenig sind die Beschäftigten der Landesbetriebe (§ 26 LHO) berücksichtigt, die Pensionsrückstellungen bilden müssen, und die Verpflichtungen rechtlich selbständiger Einrichtungen, für die Hamburg als Gewährsträger kraft Gesetzes (Anstalten öffentlichen Rechts) oder durch Bürgschaften haftet, mit einem Gesamtvolumen nicht passivierter Versorgungsanswartschaften (keine Verpflichtung zum Ausweis) per Ende des Jahres 2004 von 830,590 Mio. Euro. Hinzu kommen 584,121 Mio. Euro Pensionsrückstellungen, die über Garantieerklärungen/Zusagen der Stadt abgesichert sind und damit aktiviert werden können. Grundsätzlich sind alle aktiv Beschäftigten und alle Versorgungsberechtigten einbezogen, die für Dezember 2005 Bezüge von der Freien und Hansestadt Hamburg erhalten haben.

Nicht in den Personenbestand aufgenommen sind die Waisen und die Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG).

Erfasst werden ausschließlich die Versorgungsausgaben. Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, Versorgungsausgleiche an Sozialversicherungsträger und Zuführungen an Versorgungsrücklagen sind nicht enthalten.

Lineare Anpassungen der Dienst- und Versorgungsbezüge hat es seit der Berichterstattung im Februar 2006 über die Prognose Stufe 4/2005mod mit Drucksache 18/3741 nicht gegeben, so dass in dieser Hinsicht keine Veränderung in der Strukturentwicklung der vorliegenden Prognose zu verzeichnen ist.

In dem von Prof. Dr. Pfeifer entwickelten Instrument zur Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg sind standardmäßig die Sterbetafeln der DAV hinterlegt. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung und die von der Deutschen Aktuar Vereinigung daraufhin im Jahr 2004 neu erstellte Basis-Sterbetafel „DAV 2004 R“ hat Prof. Dr. Pfeifer das Prognoseinstrument bereits für die letzte Prognose Stufe 4/2005mod¹⁾ mit dieser Sterbetafel aktualisiert.

Stichtag für die Datenerhebung ist der 1. Dezember 2005, so dass geringfügige strukturelle Bestandsveränderungen im Vergleich zur Datenerfassung für die Prognose Stufe 4/2005mod (Stichtag 1. Dezember 2004) in die nun vorliegende Stufe 5/2006 eingeflossen sind.

3. Änderungen in der Stufe 5/2006

Änderung des Hamburgischen Sonderzahlungsgesetzes

Mit dem Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 (BBVAnpG 2003/2004) sind die Länder – wie auch der Bund – ermächtigt worden, eigene Regelungen über das Urlaubs- und das sog. Weihnachtsgeld zu treffen, und zwar sowohl für Besoldungs- wie auch für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Hamburg hat von dieser Ermächtigung mit dem Hamburgischen Sonderzahlungsgesetz vom 21. November 2003 Gebrauch gemacht²⁾ und im Jahr 2003 erstmals das Weihnachtsgeld nach Maßgabe der niedrigeren Bemessungssätze gezahlt. Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, deren Versorgung sich aus den Besoldungsgruppen A 1 bis A 12 bemisst, erhalten – vereinfacht ausgedrückt – eine Sonderzahlung in Höhe von 66 v. H. eines Monatsbezuges

der Versorgung; ab der Besoldungsgruppe A 13 beträgt der Bemessungssatz 60 v. H. Diese Absenkung durch das Hamburgische Sonderzahlungsgesetz ist bis zum 31. Dezember 2006 befristet.

In Anbetracht der weiterhin angespannten Haushaltslage hat der Senat am 27. Juni 2006 beschlossen, der Bürgerschaft einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die bis zum 31. Dezember 2006 befristete, sozial gestaffelte Regelung der abgesenkten Dezember-Sonderzahlung auf 66 v. H. bzw. 60 v. H. der für den Monat Dezember maßgebenden Bezüge auch für die Zeit ab 1. Januar 2007 dauerhaft festgeschrieben werden soll.

Die Auswirkungen dieser Maßnahme werden bei einem Vergleich der Prognosen Stufe 4/2005mod und Stufe 5/2006 deutlich. Hier zeigt sich wie die Ausgaben in 2007, dem vorgesehenen ersten Jahr der Wirksamkeit der Festschreibung der derzeit geltenden Sonderzahlungssätze, zurückgehen. Über den gesamten Prognosezeitraum ist eine Ausgabenreduzierung zu verzeichnen.

Tabelle 3: Vergleich Strukturentwicklung Stufe 4/2005mod – Stufe 5/2006

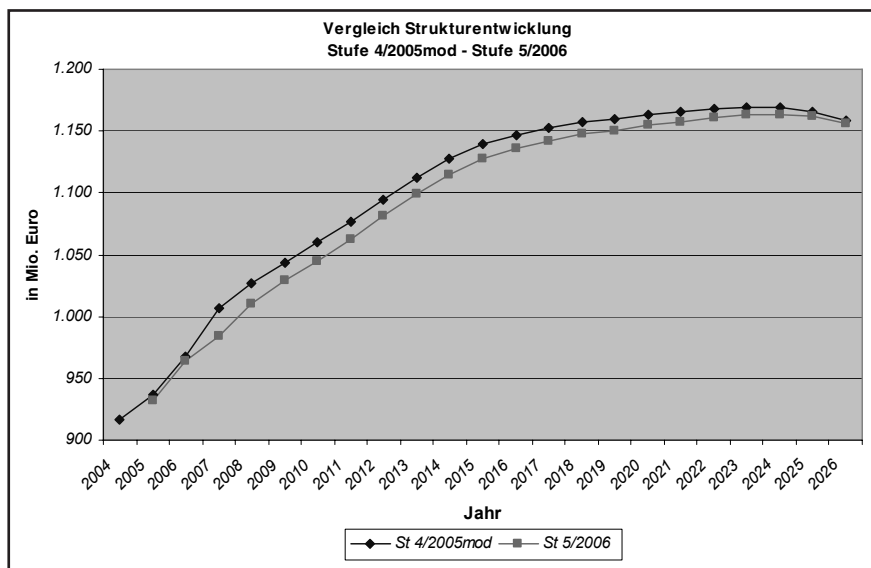
Jahr	Stufe 4/2005mod	Stufe 5/2006	Differenz Stufe
	Strukturentwicklung in Mio. Euro		4/2005mod - Stufe 5/2006 in Mio. Euro
2004	917		
2005	936	932	-5
2006	967	964	-4
2007	1.006	984	-22
2008	1.027	1.010	-17
2009	1.044	1.029	-15
2010	1.060	1.045	-15
2011	1.076	1.062	-14
2012	1.095	1.081	-14
2013	1.113	1.100	-13
2014	1.128	1.115	-12
2015	1.139	1.127	-12
2016	1.147	1.136	-11
2017	1.152	1.142	-10
2018	1.157	1.147	-10
2019	1.159	1.150	-9
2020	1.163	1.155	-8
2021	1.165	1.158	-7
2022	1.168	1.161	-7
2023	1.169	1.163	-6
2024	1.169	1.164	-5
2025	1.165	1.162	-4
2026	1.159	1.156	-3

Nachfolgend wird der Vergleich der Stufe 4/2005mod und Stufe 5/2006 noch einmal grafisch dargestellt.

¹⁾ siehe Drucksache 18/3741

²⁾ s. a. Drucksache 17/3228

Grafik 1: Vergleich Strukturentwicklungen Stufe 4/2005mod – Stufe 5/2006



4. Prognoseergebnisse im Einzelnen

Die Gesamtversorgungsausgaben setzen sich aus denen für die Beamtenversorgung und denen für die Zusatzversorgung zusammen. Diese tragen in unterschiedlichem Maß zur Gesamtausgabenentwicklung bei. Die Beamtenversorgung ist als ausschließliche Altersversorgung angelegt, während die Zusatzversorgung als betriebliche Altersversorgung zur gesetzlichen Rente hinzutritt. Dementsprechend beträgt das Verhältnis der Versorgungsausgaben in der Beamtenversorgung zu den Ausgaben in der Zusatzversorgung im Jahr 2005 etwa 87,9 v.H. zu 12,1 v.H., im Prognosemittelljahr 2016 liegt es bei 90,4 v.H. zu 9,6 v.H. und verschiebt sich bis zum Endjahr des Prognosezeitraums 2026 auf 92,2 v.H. zu 7,8 v.H.

4.1 Gesamtentwicklung

Die Gesamtzahl der erwarteten Versorgungsberechtigten liegt im Datenerfassungsjahr 2005 mit 57.688 Berechtigten leicht über dem Datenerfassungsstand der Prognose Stufe

4/2005mod mit 57.560 Versorgungsberechtigten zum 1. Dezember 2004. Der Unterschied ergibt sich aus strukturellen Bestandsveränderungen der unterschiedlichen Datenerfassungsjahre 2004 und 2005. Der Höchststand mit 62.673 zu erwartenden Versorgungsberechtigten wird in der vorliegenden Stufe 5/2006 im Jahr 2015 – ein Jahr vor dem Prognosemittelljahr 2016 – erreicht sein, bezogen auf das Datenerfassungsjahr 2005 ist bis zu diesem Jahr ein Zuwachs von 8,6 v.H. zu verzeichnen. Anschließend nimmt die zu erwartende Empfängerzahl bis zum Ende des Prognosezeitraums 2026 kontinuierlich ab und liegt dann bei 59.404 Berechtigten. Über den gesamten Prognosezeitraum gesehen liegt die Gesamttempfängerzahl im Endjahr des Prognosezeitraums 2026 um 3,0 v.H. über der im Datenerfassungsjahr 2005. Ein Vergleich mit der Stufe 4/2005mod zeigt, dass bis zum Prognosejahr 2013 in der vorliegenden Prognose weniger Versorgungsempfänger zu verzeichnen sind, in der zweiten Prognosehälfte die prognostizierten Empfängerzahlen der diesjährigen Prognose Stufe 5/2006 dann aber über denen der letzten Prognose liegen.

Tabelle 4: Gesamttempfänger – Vergleich Stufe 4/2005mod – Stufe 5/2006

Jahr	Gesamttempfängerzahlen		% Erhöhung bezogen auf 2005	Differenz Stufe 5/2006-Stufe 4/2005mod	
	Stufe 4/2005mod	Stufe 5/2006		absolut	in %
2004	57.560				
2005	58.133	57.688		-445	-0,8
2006	59.216	58.361	1,2	-855	-1,4
2007	60.109	59.351	2,9	-758	-1,3
2008	60.787	60.258	4,5	-529	-0,9
2009	61.277	60.861	5,5	-416	-0,7
2013	62.447	62.395	8,2	-52	-0,1
2014	62.558	62.597	8,5	39	0,1
2015	62.552	62.673	8,6	121	0,2
2016	62.423	62.614	8,5	191	0,3
2022	60.677	61.329	6,3	652	1,1
2023	60.248	60.983	5,7	735	1,2
2024	59.727	60.547	5,0	820	1,4
2025	59.119	60.036	4,1	917	1,6
2026	58.387	59.404	3,0	1.017	1,7

Mit dem Ausscheiden von Beschäftigten im Aktivbereich aus dem öffentlichen Dienst, dazu gehört z. B. auch die Ausgliederung der HPA, verringert sich auch die Zahl künftiger Versorgungsempfänger. Die prognostizierten Veränderungen bei den Empfängerzahlen von Stufe 4/2005mod zu Stufe 5/2006 auf Grund des verringerten Datenbestandes sind nach Aussage von Prof. Dr. Pfeifer rein biometrischer Art. Innerhalb der Prognose sind die verringerten Empfängerzahlen nicht als physische „weniger“ Empfänger zu sehen, sondern als statistische Erwartungswerte aus der Wahrscheinlichkeitsverteilung für die Zufallsgröße „Empfängerzahlen“ zu werten.

Auch wenn zum Datenerhebungsstichtag 1. Dezember 2005 mit 57.688 Gesamtversorgungsempfängern ein Plus von 128 Empfängern gegenüber dem Datenerhebungsstichtag 1. Dezember 2004 zu verzeichnen ist, liegt diese Empfängerzahl der Stufe 5/2006 aber dennoch um 445 Versorgungsempfänger niedriger, als in der Stufe 4/2005mod für

das Jahr 2005 prognostiziert. Die Wirkung der Ausgliederung der HPA für die vorliegende Prognose ist die, dass im Vergleich zur Prognose Stufe 4/2005mod in der diesjährigen Prognose ab dem ersten Prognosejahr 2006 bis ca. zur Prognosemitte geringere Empfängerzahlen prognostiziert werden. Erst für die zweite Prognosehälfte liegen die Empfängerzahlen über denen der Stufe 4/2005mod. Das hat zur Folge, dass je nach Altersverteilung mit den Empfängerzahlen auch die Zahlbeträge anders gemittelt werden.

Die Gesamtversorgungsausgaben liegen in der Strukturentwicklung im Datenerfassungsjahr 2005 bei 932 Mio. Euro. Bis zum Mitteljahr des Prognosezeitraums 2016 wird mit einem Anstieg auf 1.136 Mio. Euro zu rechnen sein, und zum Ende des Prognosezeitraums 2026 muss mit 1.156 Mio. Euro an Versorgungsausgaben gerechnet werden. Während die Ausgaben in der ersten Prognosehälfte um 204 Mio. Euro ansteigen, liegt der weitere Anstieg in der zweiten Prognosehälfte bei 20 Mio. Euro.

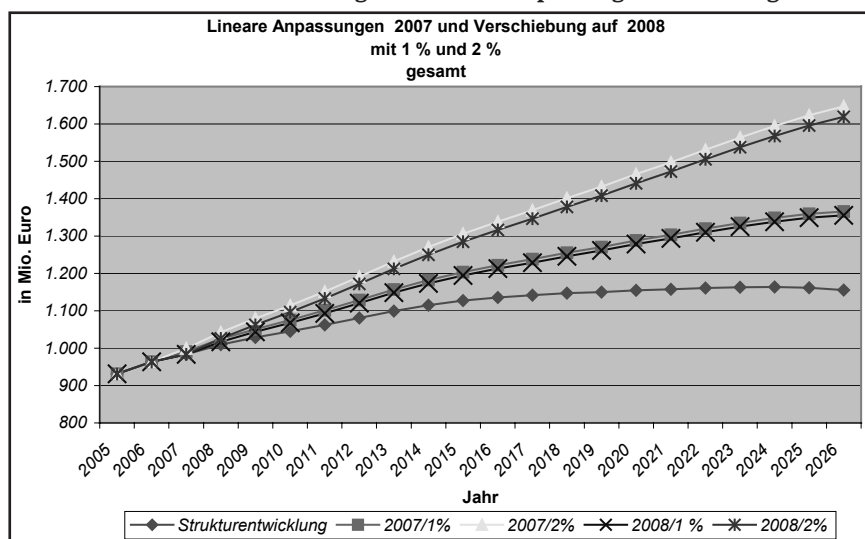
Tabelle 5: Strukturentwicklungen und Verschiebung linearer Erhöhungen in Mio. Euro – Gesamtbereich

Jahr	Strukturentwicklung in Mio. Euro			lineare Anpassungen in Mio. Euro			
	Gesamt	Zusatzversorgung	Beamtenversorgung	1% ab 2007	2% ab 2007	1% ab 2008	2% ab 2008
2005	932	113	819	932	932	932	932
2006	964	113	851	964	964	964	964
2007	984	113	871	991	1.000	984	984
2008	1.010	113	896	1.024	1.043	1.017	1.026
2015	1.127	110	1.017	1.204	1.306	1.195	1.285
2016	1.136	109	1.027	1.222	1.339	1.213	1.317
2017	1.142	108	1.034	1.238	1.369	1.229	1.346
2024	1.164	95	1.068	1.349	1.595	1.338	1.568
2025	1.162	93	1.069	1.359	1.623	1.349	1.596
2026	1.156	90	1.065	1.366	1.647	1.356	1.619

In der vorstehenden Tabelle 5 werden fiktive lineare Anpassungen in Höhe von 1 v. H. und 2 v. H. ab 2007 und ab 2008 dargestellt. Hier zeigt sich deutlich, wie sich die Beträge der Gesamtstrukturentwicklung halten, wenn keine lineare Anpassung vorgesehen ist. In dem Jahr, in dem erstmals die fiktiven linearen Anpassungen wirksam werden, sind auch diese Beträge in der Tabelle durch Fettdruck gekennzeichnet. Daneben zeigt sich, dass die Ausgaben in 2008 gegenüber 2007 geringer werden, wenn die lineare Anpassung um ein Jahr hinausgeschoben wird und es im Jahr 2007 eine so genannte „Nullrunde“ gibt. Bei

einer linearen Anpassung von 1 v. H. im Jahr 2007 werden zum Prognosemitteljahr 2016 Ausgaben in Höhe von 1.222 Mio. Euro erwartet, bei einer Verschiebung auf das Jahr 2008 muss mit Ausgaben in Höhe von 1.213 Mio. Euro gerechnet werden, mithin 9 Mio. Euro weniger. Für das Endjahr der Prognose 2026 liegt die rechnerische Differenz zwischen den Jahren 2007 und 2008 bei 10 Mio. Euro. Nachfolgend wird die Tabelle 5 grafisch umgesetzt. In der Grafik 2 zeigt sich neben den beiden Hauptströmungen der 1 v. H. und 2 v. H. fiktiven linearen Anpassungen auch die „Nullrunde“ durch Verschiebung nach unten.

Grafik 2: Gesamtstrukturentwicklung mit linearer Anpassungsverschiebung in Mio. Euro



4.2 Entwicklung im Beamtenversorgungsbereich

Das Beamtenverhältnis ist ein gegenseitiges Dienst- und Treuverhältnis. Dieses umfasst die Pflicht zur Dienstleistung ebenso wie den Anspruch auf amtsangemessene Alimentation, die Besoldung und Versorgung umfasst. Daraus ergibt sich einerseits, dass die Bezüge ausreichen müssen, um Verantwortung und Bedeutung des Amtes angemessen widerzuspiegeln, andererseits, dass sie den Lebensunterhalt sowohl während der aktiven Beschäftigungszeit als auch nach Eintritt in den Ruhestand ausreichend decken müssen. Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bestimmen sich grundsätzlich nach dem Amt, das der Beamte zuletzt mindestens für drei Jahre inne hatte; der dann maßgebliche Ruhegehaltssatz richtet sich nach der ruhegehaltfähigen Dienstzeit.

Ausgehend von 28.033 Versorgungsempfängern im Datenerfassungsjahr 2005 entwickelt sich die Berechtigtenzahl

bis zum Prognosemitteljahr 2016 auf 34.156, erreicht im Jahr 2024 mit 35.130 Versorgungsempfängern ihren Höchststand und verringert sich bis zum Prognoseendjahr 2026 leicht bis auf 34.976 Versorgungsberechtigte. Bezogen auf das Datenerfassungsjahr beträgt der Zuwachs der erwarteten Berechtigten bis zum Prognosemitteljahr 2016 21,9 v.H. und bis zum Endjahr des Prognosezeitraums 2026 wird mit 24,8 v.H. mehr Versorgungsberechtigten zu rechnen sein als 2005.

Die Entwicklung der Versorgungsausgaben ist abhängig von den Berechtigtenzahlen. Die Versorgungsausgaben werden in der Strukturentwicklung von 819 Mio. Euro im Datenerfassungsjahr 2005 bis auf 1.065 Mio. Euro im Endjahr der Prognose 2026 steigen; insgesamt um 30,1 v.H. Die Entwicklung der Versorgungsausgaben stellt sich für die Strukturentwicklung sowie für die Szenarien von 1 v.H. und 2 v.H. mit einer Anpassungsverschiebung auf das Jahr 2008 wie folgt dar:

Tabelle 6 : Entwicklung im Beamtenbereich – Berechtigtenzahlen und Ausgaben mit Anpassungsverschiebung in Mio. Euro

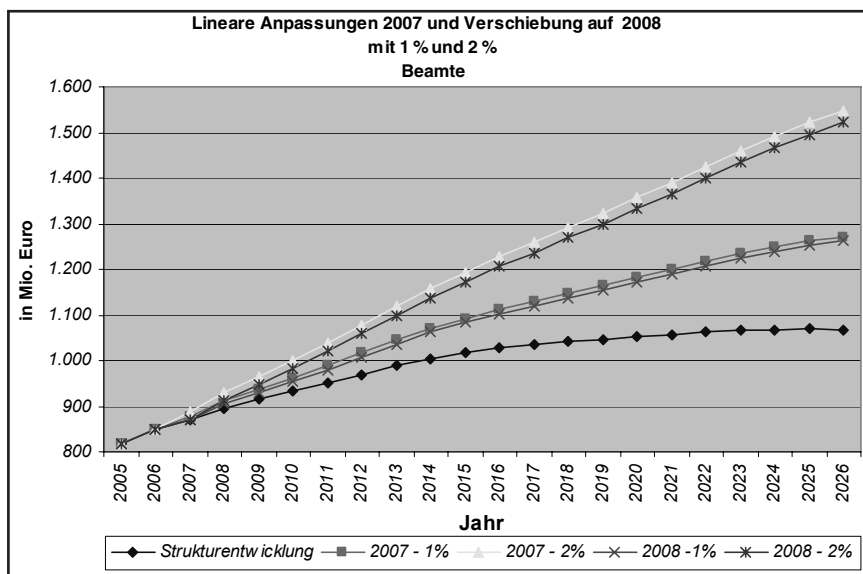
Jahr	Berechtigte	Ausgaben bei linearer Anpassung in Mio. Euro				
		Strukturentwicklung	ab 2007		ab 2008	
			2007 / 1 %	2007 / 2 %	2008 / 1 %	2008 / 2 %
2005	28.033	819	819	819	819	819
2006	28.699	851	851	851	851	851
2007	29.622	871	878	886	871	871
2008	30.472	896	911	929	904	913
2015	33.914	1.017	1.093	1.194	1.084	1.173
2016	34.156	1.027	1.112	1.227	1.103	1.205
2024	35.130	1.068	1.250	1.493	1.240	1.466
2025	35.100	1.069	1.263	1.523	1.253	1.496
2026	34.976	1.065	1.272	1.549	1.262	1.521

Aus der Tabelle 6 ist ersichtlich, dass in der ersten Hälfte des Prognosezeitraums der Anstieg sowohl bei den Berechtigtenzahlen als auch bei den Versorgungsausgaben sehr viel stärker ausfällt als in der zweiten Hälfte. Bis zum Prognosemitteljahr 2016 wird bei den Berechtigtenzahlen mit einem Zuwachs von 21,8 v.H. und mit einem Ausgabenzuwachs von 25,4 v.H. zu rechnen sein, während in der zweiten Hälfte bis zum Prognoseendjahr 2026 die Berechtigtenzahlen dann nur noch um 2,9 Prozentpunkte auf 24,8

v.H. und die Versorgungsausgaben dann nur noch um 4,7 Prozentpunkte auf 30,1 v.H. steigen. Ursache ist die Ausweitung des Personalkörpers durch die Einstellungen in den Jahren zwischen 1960 und 1980.

Die nachfolgende Grafik 3 zeigt zum einen die beschriebenen Auswirkungen der Strukturentwicklung, zum anderen den Einfluss fiktiver linearer Anpassungen im Jahr 2007 und in Verbindung mit einer Verschiebung auf das Jahr 2008.

Grafik 3: Ausgabenentwicklung Beamtenbereich mit Anpassungsverschiebung in Mio. Euro



In der folgenden Tabelle 7 wird der prozentuale Ausgabenanstieg für die erste Hälfte des Prognosezeitraums (2005–2016) und für den Gesamtprognosezeitraum (2005–2026) in Verbindung mit fiktiven linearen Anpassungen von 1 v. H. und 2 v. H. für das Jahr 2007 und einer Verschiebung auf

das Jahr 2008 aufgezeigt. Deutlich ist zu erkennen, welchen Einfluss lineare Anpassungen auf die Versorgungsausgaben haben. Bezugspunkt für die Berechnungen ist jeweils das Datenerfassungsjahr 2005 mit einem Betrag von 819 Mio. Euro.

Tabelle 7: Prozentuale Erhöhungen – Überblick Beamtenversorgung

Zeitraum Von – bis	Struktur- entwicklung	lineare Erhö- hung ab	prozentuale Erhöhung der Ausgaben bei linearer Erhöhung von	
			1 v. H.	2 v. H.
			in v. H.	
2005 – 2016	25,4	ohne	-	-
2005 - 2026	30,1	ohne	-	-
2005 – 2016	-	2007	35,8	49,8
2005 – 2026	-	2007	55,3	89,1
2005 – 2016	-	2008	34,7	47,2
2005 – 2026	-	2008	54,1	85,8

4.3 Entwicklung im Zusatzversorgungsbereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die Zusatzversorgung der hamburgischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) nach dem HmbZVG ergänzt deren Hauptversorgung aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Zwei wesentliche gesetzliche Maßnahmen in den Jahren 1995 und 2003 haben weit reichende Änderungen in der Zusatzversorgung der Beschäftigten und der Versorgten bewirkt. So wurde mit dem Zweiten Ruhesgeldgesetz (2. RGG) vom 7. März 1995 für alle Neueinstellungen ab 1. April 1995 eine Zusatzversorgung nach Maßgabe eines Betriebsrentenmodells eingeführt. Mit Inkraft-Treten des HmbZVG zum 1. August 2003 ist dieses Betriebsrentenmodell mit Wirkung für die Zukunft auf alle Beschäftigten ausgedehnt worden. Für Beschäftigte, die bis zum 31. Juli 2003 unter das Erste Ruhesgeldgesetz (1. RGG) fielen, bleiben die bis dahin erworbenen Versorgungsanswartschaften erhalten. Gleichzeitig ist das 1. RGG – und damit das Gesamtversorgungsmodell – geschlossen worden.

Die Bezüge der Versorgten werden nach Maßgabe des HmbZVG jährlich im Juli um 1 v. H. angepasst, und zwar unabhängig von tariflichen Anpassungen der Beschäftigten.

Im Zusatzversorgungsbereich haben die vereinbarten tariflichen Regelungen vom 19. Mai 2006 keinen Einfluss

auf die Zuwendung. Seit dem Inkraft-Treten des HmbZVG zum 1. August 2003 tritt an die Stelle einer vormals vom jeweiligen Tarifabschluss beeinflussten Regelung eine festgelegte gesetzliche Bestimmung. Für damals bereits vorhandene Zusatzversorgte bleibt die im Dezember 2003 zustehende Zuwendung betragsmäßig erhalten. Seither in den Ruhestand getretene Zusatzversorgte erhalten eine Zuwendung in Höhe von grundsätzlich 85 v. H. ihrer erstmaligen Dezemberversorgung, d. h. ohne Dynamisierung.

Wegen der Übergangsvorschriften nach dem HmbZVG werden sich bis zum Jahr 2013 die bisherigen Regelungen des 1. RGG noch auf eine große Zahl der neu hinzutretenden Versorgungsfälle auswirken. Erste Einspareffekte werden sich danach ab dem Jahr 2013 zeigen (siehe Drucksache 17/1659). Dies wird durch die vorliegende Versorgungsprognose bestätigt, in der hinsichtlich der Strukturentwicklung ein spürbares Absinken der Versorgungslasten ab dem Jahr 2013 prognostiziert wird.

In der folgenden Tabelle 8 sind ausnahmsweise die Beträge mit zwei Kommastellen angegeben, da sich die Veränderungen auf Grund der Anpassungsverschiebung erst in den Nachkommastellen zeigen. Die Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgaben und stellt sich für die Strukturentwicklung sowie für die Szenarien von 1 v. H. und 2 v. H. mit einer Anpassungsverschiebung auf das Jahr 2008 wie folgt dar:

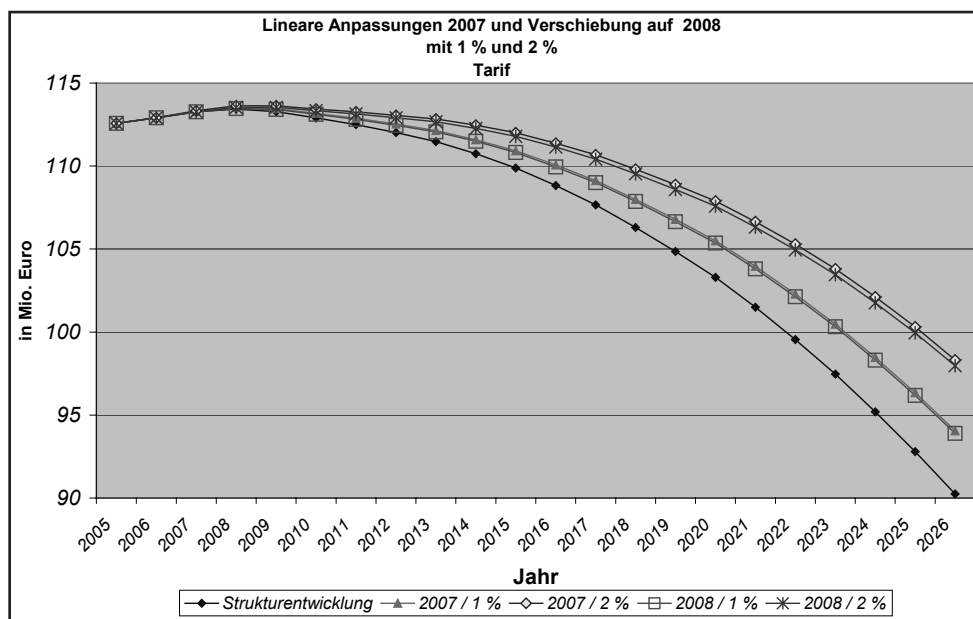
Tabelle 8: Entwicklung im Zusatzversorgungsbereich – Berechtigtenzahlen und Ausgaben mit Anpassungsverschiebung in Mio. Euro

Jahr	Empfänger	Ausgaben bei linearer Anpassung in Mio. Euro				
		Struktur- entwicklung	ab 2007		ab 2008	
			2007 / 1 %	2007 / 2 %	2008 / 1 %	2008 / 2 %
2005	29.655	112,57	112,57	112,57	112,57	112,57
2006	29.662	112,91	112,91	112,91	112,91	112,91
2007	29.729	113,27	113,29	113,33	113,27	113,27
2008	29.786	113,43	113,53	113,63	113,47	113,52
2009	29.760	113,28	113,45	113,63	113,41	113,54
2010	29.652	112,90	113,17	113,44	113,11	113,33
2011	29.540	112,50	112,88	113,27	112,82	113,14
2012	29.394	112,01	112,53	113,05	112,46	112,91
2013	29.220	111,47	112,14	112,83	112,06	112,67
2014	29.003	110,74	111,58	112,46	111,49	112,27
2015	28.757	109,89	110,92	112,00	110,81	111,79
2016	28.458	108,83	110,06	111,37	109,95	111,14
2017	28.151	107,66	109,12	110,68	109,00	110,42
2025	24.936	92,80	96,34	100,31	96,19	99,95
2026	24.428	90,25	94,05	98,32	93,89	97,97

Die nachfolgende Grafik 4 verdeutlicht zum einen den Einfluss linearer Erhöhungen auf die Ausgabenentwicklung im Tarifbereich, da sich die Zusatzversorgung nach

der letzten Vergütung richtet und zeigt zum anderen, wie sich eine Verschiebung etwaiger linearer Anpassungen Ausgaben dämpfend auswirkt.

Grafik 4: Ausgabenentwicklung Zusatzversorgungsbereich mit Anpassungsverschiebung in Mio. Euro



Die folgende Tabelle 9 zeigt den prozentualen Ausgabenrückgang im Zusatzversorgungsbereich für die erste Hälfte des Prognosezeitraums (2005–2016) und für den Gesamtprognosezeitraum (2005–2026) in Verbindung mit einer

fiktiven linearen Tarifierhöhung im Aktivbereich von 1 v. H. und 2 v. H. im Jahr 2007 und mit einer Verschiebung dieser auf das Jahr 2008.

Tabelle 9: Prozentualer Ausgabenrückgang – Überblick Zusatzversorgung

Zeitraum Von – bis	Struktur- entwicklung	lineare Erhöhung ab	prozentuale Erhöhung der Ausgaben bei linearer Erhöhung von	
			1 v. H.	2 v. H.
			in v. H.	
2005 – 2016	- 3,33	ohne	-	-
2005 – 2026	- 19,83	ohne	-	-
2005 – 2016	-	2007	- 2,23	- 1,06
2005 – 2026	-	2007	- 16,46	- 12,66
2005 – 2016	-	2008	- 2,32	- 1,27
2005 – 2026	-	2008	- 16,59	- 12,97

5. Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen

Die Betrachtung der Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach Einzelplänen zeigt, dass derzeit etwa 83 v. H. der Versorgungsausgaben auf fünf Einzelpläne entfallen: die Behörde für Bildung und Sport (BBS – Einzelplan 3.1), die Behörde für Wissenschaft und Gesundheit (BWG – Einzelplan 3.2), die Behörde für Inneres (BfI – Einzelplan 8.1.), die Justizbehörde (JB – Einzelplan 2.0) und die Finanzbehörde (FB – Einzelplan 9.1). Diese Behörden sind geprägt durch einen hohen Anteil an Lehrpersonal, Vollzugsbedienstete, Richterinnen und Richter sowie durch die Steuerverwaltung.

Durch die Neuordnung der Behördenstruktur im April 2004 wurde im Rahmen der Auflösung der Behörde für Umwelt und Gesundheit das Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz mit der vormaligen Behörde für Wissenschaft und Forschung zur neuen Behörde für Wissenschaft

und Gesundheit zusammengelegt³⁾. Da eine Umsignierung der Einzelpläne erst nach dem für die Prognose Stufe 4/2005mod maßgeblichen Stichtag 1. Dezember 2004 erfolgt ist, sind die Auswirkungen erstmals in dieser Prognose sichtbar. Der Einzelplan 3.2 weist zum Stichtag 1. Dezember 2005 im Vergleich zum Stichtag der letzten Prognose 1. Dezember 2004 2080 mehr Versorgungsbe-rechtigte und 19 Mio. Euro mehr an Versorgungsausgaben auf. Der v. H.- Anteil der fünf ausgewählten Einzelpläne an den Gesamtversorgungsausgaben ist im zum Stichtag 1. Dezember 2005 daher höher als in der letzten Prognose; und zwar um 1,9 v. H.

³⁾ Erneute Umstrukturierung der BWG seit dem 1. Mai 2006 in Behörde für Wissenschaft und Forschung und Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz. Diese Änderung konnte wegen des Stichtages für die Datenerhebung zum 1. Dezember 2005 hier nicht berücksichtigt werden.

Tabelle 10: Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen in Mio. Euro

Jahr	Strukturentwicklung in Mio. Euro							% - Anteil der ausgewählten Einzelpläne an ges. Ausgaben
	gesamt	JB - Epl 2.0	BBS - Epl 3.1	BWG - Epl 3.2	Bfl - Epl 8.1	FB - Epl 9.1	ausgewählte Einzelpläne gesamt	
2005	932	82	325	92	210	64	772	82,83
2006	964	84	340	100	214	65	802	83,21
2007	984	85	354	104	214	65	822	83,55
2015	1.127	90	473	110	225	72	970	86,07
2016	1.136	91	478	110	228	73	980	86,25
2017	1.142	92	480	109	231	74	987	86,39
2024	1.164	101	468	101	265	83	1.017	87,44
2025	1.162	102	465	99	267	83	1.017	87,53
2026	1.156	104	461	98	267	84	1.013	87,61

Diese fünf Einzelpläne bestimmen zwar im Schnitt über den Prognosezeitraum gesehen ca. 85,7 v.H. der Versorgungsausgaben, beziehen sich aber nur auf zwischen 65,0 v.H. der Versorgungsberechtigten im Datenerfassungsjahr 2005 und 75,9 v.H. der erwarteten Versorgungsberechtigten im Endjahr des Prognosezeitraums im Jahr 2026. Die

folgende Tabelle 11 zeigt die Entwicklung der Gesamtberechtigtenzahlen der fünf ausgewählten Einzelpläne sowie das Verhältnis, in dem sich die Empfängerzahlen dieser Einzelpläne zu der Gesamtzahl aller zu erwartenden Versorgungsberechtigten im Prognoseverlauf bis zum Jahr 2026 entwickeln werden.

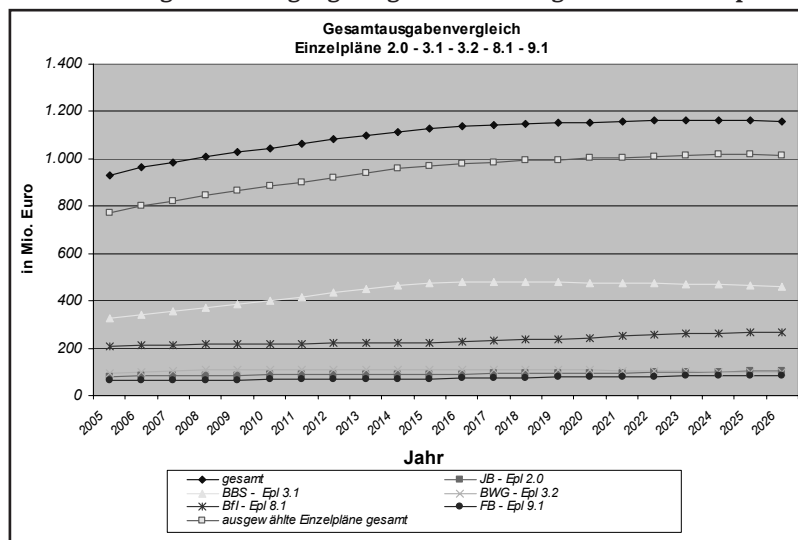
Tabelle 11: Erwartete Berechtigte (Beamten- und Zusatzversorgung) nach ausgewählten Einzelplänen

Jahr	Versorgungsberechtigte							% - Anteil der ausgewählten Einzelpläne an ges. Berechtigten
	gesamt	JB - Epl 2.0	BBS - Epl 3.1	BWG - Epl 3.2	Bfl - Epl 8.1	FB - Epl 9.1	ausgewählte Einzelpläne gesamt	
2005	57.688	4.593	12.369	6.168	10.443	3.943	37.516	65,03
2006	58.361	4.613	12.919	6.358	10.480	3.940	38.310	65,64
2007	59.351	4.659	13.625	6.534	10.566	3.979	39.363	66,32
2015	62.673	4.792	18.129	6.890	10.593	4.109	44.513	71,02
2016	62.614	4.799	18.348	6.874	10.618	4.124	44.763	71,49
2017	62.492	4.813	18.494	6.852	10.651	4.147	44.957	71,94
2021	61.621	4.904	18.646	6.710	10.964	4.224	45.448	73,75
2023	60.983	4.970	18.626	6.596	11.156	4.211	45.559	74,71
2024	60.547	5.000	18.583	6.528	11.193	4.200	45.504	75,15
2025	60.036	5.023	18.510	6.454	11.185	4.189	45.361	75,56
2026	59.404	5.037	18.403	6.374	11.129	4.169	45.112	75,94

Nachfolgend wird noch einmal die Tabelle 10 (Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen) mit Grafik 5 dargestellt. Deutlich zeigt sich hier der Anteil der fünf ausgewählten Einzelpläne an den Gesamtausgaben, der im Schnitt über den Prognose-

zeitraum gerechnet bei 85,7 v.H. der Gesamtausgaben liegt. Gleichzeitig lässt sich aus der Grafik 5 erkennen, mit welchem Anteil die ausgewählten Einzelpläne – jeder für sich allein gesehen – an den Gesamtausgaben beteiligt sind.

Grafik 5: Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen in Mio. Euro



6. Bewertung der Prognoseergebnisse

Im Zuge einer Bewertung der Prognoseergebnisse ist auf die Bedeutung linearer Anpassungen für die Ausgabenentwicklung hinzuweisen, außerdem wird ein Abgleich mit dem Haushaltsergebnis für das Jahr 2005 vorgenommen und es wird auf die beabsichtigte Festschreibung der aktuell geltenden Regelung der Sonderzahlung eingegangen.

6.1 Lineare Anpassungen

Die Prognose Stufe 5/2006 bestätigt den Trend der voran gegangenen Prognosestufen: in den nächsten 20 Jahren wird auch ohne die lineare Anpassung insgesamt mit aufwachsenden Versorgungsausgaben zu rechnen sein.

Die Darstellungen von Anpassungsverschiebungen linearer Erhöhungen (Ziffer 4.1 /Tabelle 4, Ziffer 4.2 /Tabelle 6, Ziffer 4.3 /Tabelle 8) zeigen, welche Bedeutung darin für die ansteigende Entwicklung von Versorgungsausgaben liegt. Mit linearen Anpassungen sind Struktureffekte verbunden, da sie, im Gegensatz zu Einmalzahlungen, zu einer dauerhaften Anhebung der Berechnungsbasis führen. Dies kann jedoch nicht dazu führen, zukünftig gänzlich auf lineare Erhöhungen zu verzichten. Beamtinnen und Beamte, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger haben Anspruch darauf, an der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung teilzuhaben. So wird es künftig darauf ankommen, die Belastbarkeit der öffentlichen Haushalte im Blick zu behalten und dafür zu sorgen, dass sich lineare Anpassungen in einem moderaten Rahmen widerspiegeln.

Gemäß dem Tarifiergebnis vom 19. Mai 2006 werden die Vergütungen der öffentlich Beschäftigten der Länder ab dem 1. Januar 2008 (Tarifgebiet West) um 2,9 Prozent erhöht. In den Jahren 2006 und 2007, beginnend im Juli 2006, erhalten die Beschäftigten Einmalzahlungen, die abhängig von den Vergütungs- und Lohngruppen gestaffelt sind.

6.2 Hamburgisches Sonderzahlungsgesetz

Durch die vorgesehene Festschreibung der aktuell geltenden Regelung sind Minderausgaben über den gesamten Prognosezeitraum zu verzeichnen. Damit hat der Senat eine wirkungsvolle Maßnahme zur weiteren Konsolidierung des Haushalts eingeleitet.

6.3 Vergleich mit dem Haushalts-Ist

Beim Vergleich der Prognoseergebnisse mit dem Haushalt sind immer die unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen und -methoden zu berücksichtigen. Die Daten der Versorgungsprognose beziehen sich auf den Kernhaushalt und auf die Landesbetriebe, die keine eigenen Pensionsrückstellungen bilden müssen. Außerdem sind beispielsweise die Betriebsrenten nach dem BetrAVG und die Waisen nicht erfasst. Der Haushalt erfasst weitergehende Risiken wie z. B. die Zahlung von Versorgungskosten an andere Länder nach § 107 b BeamVG, Aufwendungen für die anteilige Erstattung von Versorgungskosten an öffentliche Unternehmen auf Grund gesetzlicher Regelung oder vertraglicher Vereinbarung.

Für die Prognose sind die anonymisierten personenbezogenen Daten zum Stichtag 1. Dezember 2005 erhoben worden. Schwankungen im Personenbestand vor und nach dem Stichtag sind dem zufolge in der Prognose nicht berücksichtigt. Das Haushalts-Ist wird über den gesamten Jahreszeitraum 2005 berechnet; von daher sind Abwei-

chungen zur Versorgungsprognose plausibel. Erwartungsgemäß liegt das Prognoseergebnis von Prof. Dr. Pfeifer unter dem Haushaltsergebnis. Für den Beamtenbereich beträgt die Abweichung 0,4 v. H. und für den Tarifbereich sind es 3,4 v. H.

Tabelle 12: Vergleich Prognose Stichtag 1. Dezember 2005 – Haushaltsergebnis 2004

Statusgruppe	Prognose 2005	Haushaltsergebnis 2005
Beamtenversorgung	819 Mio. Euro	822 Mio. Euro
Zusatzversorgung	113 Mio. Euro	117 Mio. Euro

7. Vorsorge für künftige Versorgungsausgaben

Die Sicherung künftiger Versorgungsausgaben bleibt nach wie vor eine wichtige Aufgabe für alle Alterssicherungssysteme. Zur Dämpfung des Ausgabenanstiegs sind bereits seit 1992 Maßnahmen ergriffen worden, die die Einschnitte in die Rentenversicherung wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen haben. Mit dem Versorgungsreformgesetz 1998 (VReformG) ist die Bildung von Versorgungsrücklagen bei Bund und Ländern vorgeschrieben worden, die im Wege verminderter Bezügeanpassungen von Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfängern aufgebracht werden. Damit sind erstmals Elemente der Kapitaldeckung in die Beamtenversorgung einbezogen worden. Dieser Weg wurde durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 (VersÄndG 2001) fortgeführt.

Im Jahr 1999 hat Hamburg mit dem Aufbau von Sondervermögen begonnen. Auf Grund gesetzlicher Verpflichtung durch Artikel 5 des VReformG ist mit der Bildung einer Versorgungsrücklage aus der Verminderung linearer Anpassungen gem. § 14 a BBesG begonnen worden. Darüber hinaus wurde ein zusätzlicher Versorgungsfonds gebildet, in den die Versorgungszuschläge, die Hamburg bei Beurlaubungen von Beschäftigten im öffentlichen Interesse von Dritten erhebt, sowie der Liquiditätsgewinn fließen, der sich jährlich aus der Verbeamtung von 1.100 zuvor angestellten Lehrkräften ergibt. Für den Tarifbereich wurde das Sondervermögen Zusatzversorgung eingerichtet, das aus den Beiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gespeist wird.

Die Wertpapierbestände der nachfolgend aufgeführten Sondervermögen sind als Nominalvolumina mit dem Jahresabschluss 2005 ausgewiesen.

7.1 Versorgungsrücklage nach § 14 a BBesG

Gemäß dem Gesetz über eine Versorgungsrücklage der Freien und Hansestadt Hamburg (HmbVersRücklG) vom 30. November 1999 hat die Freie und Hansestadt Hamburg eine Versorgungsrücklage für die Beamtenversorgung gebildet. Sie ist in der Zeit von 1999 bis 2002 aus einer Verminderung der linearen Anpassungen um je 0,2 v. H. – insgesamt 0,6 v. H. – gespeist worden. Während der acht ab dem 1. Januar 2003 folgenden linearen Anpassungen, in denen das Versorgungsniveau durch das VersÄndG 2001 abgeflacht wird, ist die weitere Verminderung der linearen Anpassungen um 0,2 v. H. ausgesetzt worden. Dafür wird in diesem Zeitraum die Hälfte der durch die Abflachung des Versorgungsniveaus erzielten Einsparungen der Versorgungsrücklage zugeführt; weiterhin wird jährlich aber auch die bisher erreichte Einsparung von 0,6 v. H. zugeführt.

Die Versorgungsrücklage darf nur zur Entlastung von Versorgungsausgaben für den Beamten- und Richterbereich verwendet werden und zwar schrittweise über einen Zeit-

raum von mehreren Jahren. Mit dem Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Versorgungsrücklagegesetzes vom 2. Juli 2003 sind die notwendigen landesrechtlichen Konsequenzen aus dem VersÄndG 2001 gezogen worden. Das Gesetz regelt die Zuführung der Mittel in die Versorgungsrücklage neu und passt den Zeitpunkt der frühest möglichen Entnahme, nunmehr 1. Januar 2018, an den verlängerten Zuführungszeitraum an.

Das Volumen der Versorgungsrücklage beträgt 82,27 Mio. Euro (Jahresabschluss 2005).

7.2 Zusätzlicher Versorgungsfonds

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zur ergänzenden Finanzierung der Altersversorgung seiner Beschäftigten neben der Versorgungsrücklage weitere Maßnahmen getroffen und durch das Gesetz über einen zusätzlichen Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg (Hamburgisches Versorgungsfondsgesetz – HmbVersFondsG) vom 19. Dezember 2000 ein Sondervermögen gebildet. Die Entnahme der Mittel ist zweckgebunden und kann erst ab dem Jahr 2010 nach Maßgabe des Haushaltsplans erfolgen. Die Rücklage wird ab dem 1. Januar 2000 aus den jährlichen Zuführungen und den daraus erzielten Beträgen gebildet. Die Höhe der Zuführungen bestimmt sich nach den Beträgen, die als Versorgungszuschläge von Dritten vereinbart werden, nach dem Liquiditätsgewinn, der sich jährlich aus der Verbeamtung von 1.100 zuvor angestellten Lehrerinnen und Lehrern ergibt (festgelegt auf 5.113 Mio. Euro), nach den Beträgen von aufgelösten Pensionsrückstellungen aus Landesbetrieben nach § 26 Landeshaushaltsordnung (LHO) sowie nach weiteren Beträgen, die von der Bürgerschaft mit dem jeweiligen Haushaltsplan gesondert festgesetzt werden können.

Das Volumen des Versorgungsfonds beträgt 54,32 Mio. Euro (Jahresabschluss 2005).

7.3 Sondervermögen Zusatzversorgung

Auf Grund des Gesetzes zur Änderung ruhegeldrechtlicher Vorschriften leisten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg seit dem 1. August 1999 monatlich einen Beitrag in Höhe von 1,25 v.H. ihres steuerpflichtigen Bruttoarbeitsentgelts zu den Versorgungsausgaben. Diese Beiträge werden dem Sondervermögen „Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt

Hamburg“ zugeführt, welches durch das Gesetz über das Sondervermögen „Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg“ vom 14. Juli 1999 (HmbGVBl. S. 146) errichtet wurde. Die Mittel des Sondervermögens stehen nach Ablauf der fünfjährigen Sperrfrist seit Juli 2004 kontinuierlich zur Entlastung des Haushalts für Zusatzversorgungsausgaben zur Verfügung. Die Entnahmehöhe legt der Beirat bei dem Sondervermögen „Zusatzversorgung“ durch Beschluss fest. Im Jahr 2005 wurden dem Sondervermögen Zusatzversorgung insgesamt 10,25 Mio. Euro (2004: 9,3 Mio. Euro; vgl. Drucksache 18/3741) entnommen und dem Haushalt zugeführt.

Das Volumen des Sondervermögens Zusatzversorgung beträgt 54,38 Mio. Euro (Jahresabschluss 2005).

B.

Schlussbetrachtung

Die Ergebnisse der vorliegenden Prognose Stufe 5/2006, auf der Grundlage der Stufe 4/2005mod des Instruments von Prof. Dr. Pfeifer erstellt, bestätigen den bisherigen Trend der Prognosen der letzten Jahre: Auch unter Berücksichtigung von Maßnahmen (auf Bundesebene zuletzt durch das VersÄndG 2001, landesrechtlich durch die beabsichtigte Änderung des Hamburgischen Sonderzahlungsgesetzes) zur Rückführung der bisherigen Ansprüche, um die Finanzierbarkeit auch in Zukunft zu sichern, werden die Versorgungsausgaben in den kommenden Jahren strukturell bedingt steigen. Die zur Konsolidierung des Haushalts mit dem Hamburgischen Sonderzahlungsgesetz vom 18. November 2003 auf 66 v.H. bzw. 60 v.H. der für den Monat Dezember maßgebenden Bezüge abgesenkte Dezember-Sonderzahlung wurde bis zum 31. Dezember 2006 befristet. Auf Grund der weiterhin bestehenden Notwendigkeit, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu ergreifen, ist beabsichtigt, die landesrechtliche, sozial gestaffelte Regelung über diesen Zeitpunkt hinaus festzuschreiben. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist der Bürgerschaft zugeleitet worden. Die vorliegende Prognose zeigt, dass die Wirkung dieser Maßnahme sich über den gesamten Prognosezeitraum hin bis über das Jahr 2026 hinaus erstrecken würde.

C.

Petitum

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle Kenntnis nehmen.